

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 02/2017



VIelfältig unTerwegs

GEMISCHT

Das Bild vor Ort während der Demokratietour

3

GERETTET

Thüringer Flüchtlingspaten organisieren Familiennachzug

6

GESCHAFFT

Kennzeichnungspflicht der Polizei eingeführt

8

Liebe Leserinnen und Leser,



schauf man derzeit in die Thüringer Presselandschaft, bekommt man schnell den Eindruck, alles hier drehe sich um die Gebietsreform. Zweifelsfrei ist das ein wichtiges Thema, das die Menschen im Land bewegt, aber es ist bei weitem nicht das einzige, um das wir uns kümmern. Umwelt und Natur, Gerechtigkeit und eine gute Versorgung im Sozial- und Gesundheitsbereich, Bildung für Alle von

Anfang an sowie der Einsatz für eine offene und vielfältige Gesellschaft – für all das und vieles mehr setzen wir uns ein.

In dieser Ausgabe lesen Sie von unseren Eindrücken während der Demokratietour durch Thüringen. Die Erfahrungen und die Probleme von engagierten Menschen, die sich **gegen rechte Gewalt und Diskriminierung** einsetzen, bekamen wir eindringlich aufgezeigt. So besteht in vielen

Orten deutlicher Verbesserungsbedarf in der Unterstützung dieser Bürgerinnen und Bürger. Dieses Problem gehen wir mit vollem Einsatz an.

Vollen Einsatz zeigt auch der Verein der Thüringer Flüchtlingspaten. Sein Ziel: **Familiennachzug für Geflüchtete aus Syrien** schneller zu organisieren, als es über den regulären Weg des Familiennachzugs möglich ist. So konnten bereits elf Menschen aus Syrien mit ihren Familien in Thüringen vereint werden. In dieser Ausgabe der hinterGRÜNde lesen Sie dazu das Interview mit Franka Maubach von den Flüchtlingspaten.

Dass wir uns stetig über neue Errungenschaften im Land informieren und den Dialog mit den Menschen suchen, versteht sich von selbst. So auch im Bereich der **Suchttherapie**, die wir weiter vorantreiben wollen. Unter anderem besuchten wir die Uniklinik in Jena, die in der Suchthilfe neue Wege geht und vielversprechende Ansätze aufzeigt.

Viel zu tun gibt es leider noch in der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Seit Jahren setzen wir uns für Verbesserungen und die Umsetzung der Tierwohlstrategie ein. Umso bestürzter sind wir, dass erst kürzlich erneut ein **Skandal in der Schweinehaltung** in Thüringen aufgedeckt wurde. Hier muss endlich mehr getan werden, das machen wir in dieser Ausgabe deutlich.

Voran geht es derzeit im Parlament. Derzeit wird das **Kitagesetz**, das neben der Beitragsfreiheit des letzten Jahres auch die Verbesserung der Qualität festlegen soll, im Landtag beraten. Bereits beschlossen wurde ein auf unserem Entwurf basierender Antrag, der die Bundesregierung zur **Rehabilitierung von nach 1945 verurteilten Homosexuellen** und deren zeitnahe Entschädigung auffordert. Verabschiedet wurde nun endlich das **Kommunale Investitionspaket**, das die Kommunen in konkreten Projekten unterstützen soll. Welche das genau sind, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wurden kürzlich die **Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten** sowie die Initiative für ein **Klimaschutzgesetz**. Beides begrüßen wir. Näheres dazu, wie auch zu Verbesserungen im Bereich der **Müllvermeidung und -verwertung** finden Sie in den aktuellen hinterGRÜNden.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der aktuellen Ausgabe unserer Fraktionszeitung!

Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Editorial	2
Kein schöner Land in dieser Zeit	
Auf Demokratie-Tour durch Thüringen	3
Schweinehalter in Thüringen müssen endlich Wort halten ..	4
In Qualität und Betreuung unserer Kindergärten investieren – Kitagesetznovelle beschäftigt Landtag	5
Umfassende und zeitnahe Rehabilitierung nach 1945 verurteilter homosexueller Menschen	5
Flüchtlingspaten kümmern sich um schnellen Familiennachzug – Elf Personen nach Thüringen geholt	6/7
Kennzeichnungspflicht endlich eingeführt – Bürgernähe ausgebaut	8
Lasst uns drüber reden – Neue Wege in der Suchtberatung und Suchtprävention müssen besprochen werden.	9
Zu schade zum Wegwerfen – Thüringen setzt auf mehr Verwertung	10
Global denken, lokal handeln – Thüringen diskutiert Klimagesetz.	10
Termine – Rück- und Ausblick	11

„KEIN SCHÖNER LAND IN DIESER ZEIT“ AUF DEMOKRATIE-TOUR DURCH THÜRINGEN



Dass Thüringen ein Problem mit Neonazis und der extremen Rechten hat, ist kein Geheimnis. Das belegen nicht nur unsere parlamentarischen Anfragen, sondern auch die Erfahrungen der Engagierten vor Ort.

Die Chronik der Mobilen Beratung gegen Rechts (Mobit) zeigt den Anstieg bei den extrem rechten Aktivitäten in Thüringen: Von 283 im Jahr 2014 auf 662 in 2016. Die Übergriffe von extrem Rechten stiegen im gleichen Zeitraum von 14 auf 91. Die Erhebungen von ezra, der Opferberatung, machen deutlich, dass sich die Opferzahlen 2016 um 30 % im Vergleich zum Vorjahr erhöht haben. Thüringen ist auch das Land mit den meisten Rechtsrockkonzerten. Sie dienen dem Zusammenhalt und der Radikalisierung der Neonaziszene sowie zur Finanzierung der extrem rechten Infrastruktur.

Auf Tour durch Thüringen

Vor diesem Hintergrund reiste unsere Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus und Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss, Madeleine Henfling, unter dem Motto „Kein schöner Land in dieser Zeit“-Demokratie-Tour drei Tage lang durch Thüringen.

Ziel war es, die verschiedenen Problemlagen, insbesondere der Engagierten gegen Rechts zu diskutieren und über neonazistische Aktivitäten aufzuklären. Hierzu traf sie sich mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus den Regionen, Betroffenen von rassistischer und extrem rechter Gewalt, mit Expertinnen und Experten von Mobit, ezra und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), kommunalen Verantwortlichen sowie mit Ordnungsbehörden. Organisiert wurden auch zwei Abendveranstaltungen mit dem Journalisten Ludwig Kendzia zu organisierter Kriminalität und der Verstrickung mit extremen Rechten sowie mit dem Autor Andreas Speit zur Neuen Rechten und der bürgerlichen „Mitte“.

Gemischtes Bild vor Ort

Madeleine Henfling erhielt durch die Tour ein gemischtes Bild über den Umgang mit Naziaktivitäten: So gab es unter den politischen Verantwortlichen, die sie während der Tour traf, einige, die gemeinsam mit der Zivilgesellschaft den Kampf gegen extreme Rechte und Rassismus antreten. Allerdings gab es leider auch Verantwortliche, die weiter-



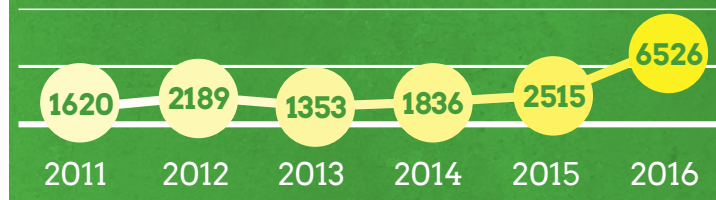
Madeleine Henfling beim Bündnis gegen Rechts in Gera.

hin Neonazis mit Engagierten gegen Rechts gleichsetzen. Deren Eintreten gegen Rechts wird auf diese Weise behindert und teilweise massiv eingeschränkt. In verschiedenen Gesprächskreisen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern wurde deshalb immer wieder eine stärkere Unterstützung durch die Politik gefordert. Die Zivilgesellschaft mit ihrem Protest gegen Rechts ist eine wichtige Akteurin, um gegen Neonazis Gesicht zu zeigen. Sie gilt es zu unterstützen.

Die Sozialraumbegleitung in Kahla, die gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Demokratieladens Kahla erfolgte, zeigte wie sich das Dominanzverhalten von extrem Rechten auf einen Ort auswirken kann. Engagierte Bürgerinnen und Bürger forderten daher einen stärkeren Fokus auf die Jugendarbeit im ländlichen Raum zu richten. Freiräume dürften nicht extremen Rechten überlassen werden. Darin waren sich die Engagierten vor Ort und Madeleine Henfling einig.

Hier geht es zur entsprechenden Drucksache:
► gruenlink.de/1cnk

Teilnehmende an Rechtsrockkonzerten



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Kleinen Anfrage Drs. 6/3378

SCHWEINEHALTER IN THÜRINGEN MÜSSEN ENDLICH WORT HALTEN



Es ist ein Trauerspiel. Ob letztes Jahr im Magazin PANORAMA, dieses Jahr in der Thüringer Allgemeine oder vor zwei Jahren in der OTZ: Medien berichten in kurzen Abständen über unerträgliche Zustände in Thüringer Schweinehaltungsbetrieben.



Olaf Müller

In diversen Treffen haben uns Schweinehalter beteuert, dass ihnen das Tierwohl am Herzen liege und Standards zur Tötung von Tieren selbstverständlich eingehalten werden – und dann kommen alle vier Wochen neue Skandale ans Licht. Laut Aussage der Landesregierung auf unsere kleinen Anfragen stirbt jedes siebte in Thüringen geborene Ferkel schon während der Aufzucht. Damit billiges Fleisch auf den Markt kommt, nimmt man also in Kauf, dass 14 Prozent aller geborenen Ferkel – fast 300.000 pro Jahr – in den ersten Lebenswochen sterben.

Das System Massentierhaltung und seine Folgen

Das Problem steckt im System der Massentierhaltung. Das einzelne Tier gilt nichts. Es kommt nur auf die Statistik, den Profit an. Tierliebe muss oft hinter dem Gewinn



zurückstehen. Die Kontrollstrategien auf Landes- und Bundesebene haben in der Vergangenheit bislang offensichtlich nicht gewirkt und auch nicht die Mechanismen der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Besonders traurig ist, dass hochrangige Funktionäre ihrer Verantwortung als Schweinehalter in ihren Betrieben nicht angemessen nachkommen und die Schuld dann auch noch auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abschieben.

Wenn ehemalige Bauernpräsidenten sagen, dass sich angesichts der Flüchtlingsproblematik niemand über ein paar abgeschnittene Schweineschwänze aufregen sollte, aber in ihren Betrieben die grundlegendsten Regeln nicht einhalten, dann hat die gesamte Branche ein Problem.

In Thüringen sterben fast 300.000 Ferkel schon während der Aufzucht in den Betrieben.

Denn wesentliche Ursache für das Drama in der Tierhaltung ist genau diese Einstellung der führenden Personen und die darauf aufbauenden Haltungsbedingungen.

Ein Lichtblick

Immerhin: Zwei Fortschritte können wir vermelden. Zum einen wird Massentierhaltung seit kurzem nicht mehr vom Land gefördert. Zum anderen wurden die staatlichen Kontrollen im Land endlich effizienter. Denn dank der guten Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium konnten wir durchsetzen, dass eine Task Force eingerichtet wurde, die in verdächtigen Großbetrieben effizient prüfen kann. Genau diese Spezialistinnen und Spezialisten haben nun im Januar auf Basis der Daten aus der Antibiotikameldung einen Stall der ADIB GmbH bei Bad Langensalza geprüft und unerträgliche Missstände aufgedeckt. Daraufhin wurde dem Geschäftsführer und ehemaligen Bauernpräsidenten Kliem die Haltung von Schweinen untersagt. Ein erster Erfolg der verschärften Kontrollen.

Wir bleiben weiter dran. Denn auch ein Trauerspiel muss irgendwann ein Ende haben.

In Qualität und Betreuung unserer Kindergärten investieren

Kitagesetznovelle beschäftigt Landtag



Astrid Rothe-Beinlich

Die Landesregierung hat dem Landtag Mitte Mai ihren Gesetzentwurf für ein neues Kitagesetz vorgelegt. Damit beschäftigen wir uns über den Sommer im Rahmen des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens.

Nachdem wir uns gemeinsam mit SPD und LINKE auf die Einführung eines beitragsfreien Kitajahres in Thüringen verständigt haben, werden wir uns nun im Parlament intensiv weiter mit der Frage beschäftigen, wie wir die Bildungs- und Betreuungsqualität in den Kitas weiter verbessern können. So werben wir beispielsweise weiterhin dafür, den Betreuungsschlüssel zu verbessern und insbesondere

die Kitas, die sich inklusiv ausgerichtet haben und Kinder mit besonderen Förderbedarfen aufnehmen, durch zusätzliche multiprofessionelle Teams zu unterstützen.

Auch wenn die Erzieherinnen und Erzieher eine tolle Arbeit in den Kitas leisten, liegt der Freistaat beim Verhältnis von Fachkraft zu Kindern im bundesweiten Vergleich nur im hinteren Mittelfeld. Hier wollen wir also Verbesserungen erreichen.

Gerade angesichts von unerwarteten Steuermehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe sehen wir hier durchaus Spielräume, neben der Erhöhung der Leitungsanteile für große Kitas und dem Ausbau von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren, noch weitere wichtige Schritte für eine bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung zu gehen.

Die Plenarrede von Astrid Rothe-Beinlich finden Sie unter: gruenlink.de/1cni

Umfassende und zeitnahe Rehabilitierung nach 1945 verurteilter homosexueller Menschen



Einvernehmliche homosexuelle Handlungen unterlagen in der BRD bis 1994 und in der DDR bis 1989 einer in verschiedenen Zeitabschnitten unterschiedlich stark ausgeprägten weitergehenden Strafbarkeit, als dies bei heterosexuellen Handlungen der Fall war. Während die im Nationalsozialismus ergangenen Urteile nach §175 StGB durch Gesetz im Jahr 2002 aufgehoben wurden, steht die Rehabilitierung für die nach 1945 Verurteilten noch aus. Diesen Schandfleck des Rechtsstaats gilt es zu beseitigen.

Nach einem Entwurf von uns Grünen haben die Fraktionen von R2G einen Antrag in den Landtag eingebracht, der drei Ziele zum Inhalt hat: Die Bitte um Entschuldigung bei den Betroffenen, Unterstützung des Gesetzentwurfs des Bundesministeriums der Justiz zur Aufhebung der Urteile sowie die Aufforderung an die Bundesregierung, die geplante Entschädigung zeitnah und unbürokratisch zu leisten.

Es ist wichtig, den heute noch lebenden Opfern ihre Wür-

de zurückgegeben und wegen des fortgeschrittenen Alters auch schnell materielle Entschädigung zu gewähren.





FLÜCHTLINGSPATEN KÜMMERN SICH UM SCHNELLEN FAMILIENNACHZUG

ELF PERSONEN NACH THÜRINGEN GEHOLT

Der Verein Thüringer Flüchtlingspaten Syrien e.V. (siehe Foto) organisiert finanzielle Patenschaften, um den Familiennachzug aus Syrien per Verpflichtungserklärung zu ermöglichen. Wir haben mit Franka Maubach von den Flüchtlingspaten gesprochen.

Wie kam es zur Gründung des Vereins?

F.M.: Die Thüringer Flüchtlingspaten Syrien haben sich im Februar 2016 gegründet. Wir sind aus verschiedenen Gründen auf die Möglichkeit des legalen Familiennachzugs über das Thüringer Landesaufnahmeprogramm aufmerksam geworden. Uns hat die Möglichkeit des legalen Nachzugs überzeugt und aus der Presse haben wir von den Berliner Flüchtlingspaten erfahren.

Der Berliner Verein hat schon 2015 angefangen, systematisch Anträge über das Berliner Landesaufnahmeprogramm zu stellen. Bis heute haben sie fast 200 Personen geholfen, die schon in Berlin oder auf dem Weg dorthin sind. Das hat uns in Thüringen sehr beeindruckt.

Warum ist das Programm auf Menschen aus Syrien beschränkt?

Das Thüringer Landesaufnahmeprogramm fußt auf einem Erlass des Bundesinnenministeriums, der aufgrund der besonders dramatischen Kriegslage in Syrien einen erweiterten Verwandtennachzug zulässt. Das Landesaufnahmeprogramm trägt also der besonderen Situation in Syrien Rechnung. Das mag auf den ersten Blick – angesichts der Situation im Irak oder Afghanistan – ungerecht erscheinen, auf den zweiten bietet es aber immerhin für diese Personengruppe die Möglichkeit, volljährige Kinder oder alte Eltern, Brüder und Schwestern aus dem Kriegsgebiet herauszuholen und sie so mit ihren in Thüringen lebenden Familien zu vereinen. Es ist eine punktuelle Hilfe.

Und welche Familienmitglieder können geholt werden?

Es können zweitgradige Familienmitglieder nachgeholt werden. Im Fokus des Vereins stehen einzeln zurückge-

bliebene Personen. Den Nachzug einer ganzen Familie können wir weder finanzieren noch organisieren. Häufig erreichen uns Anfragen für den Nachzug von zurückgebliebenen volljährigen Kindern, von Eltern erwachsener Kinder oder von Geschwistern. Besonders dramatisch sind Fälle, in denen 19- oder 20-jährige Mädchen ganz allein zurückbleiben, was eine Gefahrensituation besonderer Art bedeutet. Auch Jugendlichen, die in Deutschland 18 werden und damit den Anspruch verlieren, ihre Eltern nachholen zu können, wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Wie werden diese ausgewählt?

Wir nehmen die Anfragen, die uns erreichen, in eine Liste auf und wählen dann nach dem Zeitpunkt der Anfrage und nach der Dringlichkeit aus. Lebt die Person in einem aktuell kriegsbedrohten Gebiet? Ist sie allein zurückgeblieben? Wie ist ihre Lebenssituation allgemein? Wir bemühen uns, gute Entscheidungen zu treffen.

Vor ein paar Tagen ist eine volljährige Tochter in Erfurt angekommen und lebt jetzt wieder mit ihrer Familie zusammen. Und vor etwa einem Monat kam der Bruder eines jungen Flüchtlings, der akut von der Rekrutierung in Assads Militär bedroht war.

Um einen neuen Antrag für eine Person auf unserer Liste stellen zu können, benötigen wir 600-800 Euro zusätzliche Spendengelder pro Monat. Da Spenden im Moment nur zögerlich fließen, dauert das leider sehr lange.

Wie viele Flüchtlinge werden momentan unterstützt?

Mittlerweile sind elf Personen über den Verein nach Thüringen geholt worden. Ein 12. und 13. Antrag sind gestellt. Dank der meist sehr schnellen Arbeit der Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen dauert es unserer Erfahrung nach nur sechs Wochen bis zwei Monate von der Antragstellung bis zur Einreise – viel schneller als der reguläre Familiennachzug, der sich bisweilen weit über ein Jahr hinzieht.

Wie kann man Flüchtlingspate werden?

Flüchtlingspate kann man ganz einfach werden: mit einer monatlichen Spende ab fünf Euro. Wichtig für uns ist der monatliche Rhythmus der Zahlungen, damit wir sicher übersehen können, für wie viele Personen das Geld reicht. Aber auch über einmalige Spenden sind wir natürlich sehr dankbar. Im Moment bekommen wir leider nur sehr wenige neuen Spenden.

Woran liegt das?

Viele sehen, so denke ich, die Dringlichkeit nicht mehr – um es zynisch zu sagen: Die Bilder vom brennenden



Die erste von drei Töchtern der Familie Osman, die die Flüchtlingspaten nach Thüringen holen konnten, wird am Flughafen von ihren Eltern abgeholt.

Aleppo fehlen. Die meisten Spender werben wir im eigenen Freundes- und Bekanntenkreis – auch wenn dieser potenzielle Spendenpool mittlerweile ziemlich ausgeschöpft ist.

Beschränkt sich die Verbindung zwischen Paten und Flüchtlingen allein auf die finanzielle Unterstützung oder treffen sie auch aufeinander?

In den meisten Fällen entsteht über die rechtliche Bürgschaft hinaus eine persönliche Beziehung. Schon den bürokratischen Akt der Antragstellung zusammen zu durchlaufen, ist eine – manchmal unvergessliche – gemeinsame Erfahrung. Zudem benötigen die hereingeholten Familienmitglieder auch nach ihrer Ankunft Unterstützung: bei Behördengängen, beim Einrichten ihrer Wohnung, beim Erlernen der Sprache. Hier sind die Verpflichtungsgeber – mal mehr, mal weniger intensiv – einbezogen. Darüber hinaus treffen sich die Familien auch einfach mal zum Kaffeetrinken oder zum Essen. Wir verstehen das als eine von zwei Seiten ausgehende Integration, die im Zusammensein und Miteinander-Handeln entsteht.

Neben **Geldspenden** sind die Flüchtlingspaten auch für **personelle Unterstützung**

dankbar. Infos gibt es auf:

<http://thueringer-fluechtlingspaten.de/>



KENNZEICHNUNGSPFLICHT ENDLICH EINGEFÜHRT – BÜRGERNÄHE AUSGEBAUT



Bei den Demonstrationen rund um den 1. Mai in Gera wurden erstmals in Thüringen Polizistinnen und Polizisten der Bereitschaftspolizei mit einer personalisierten Kennzeichnung eingesetzt. Damit wurde eine langjährige Forderung von uns Grünen, die deshalb auch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hatte, durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales umgesetzt.

Durch die individualisierte, anonymisierte, aber repersonalisierbare Kennzeichnungspflicht kann nun endlich im Falle eines möglichen Fehlverhaltens einzelner Polizeibeamtinnen und -beamter eine konkrete Prüfung vorgenommen werden.

„Wir sind überzeugt, dass diese Maßnahme zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürgern führen wird“, ist sich Dirk Adams sicher. Bei

hinreichendem Schutz der Persönlichkeit unserer Beamtinnen und Beamten wird es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, das Handeln konkreter Beamtinnen und Beamter überprüfen zu lassen. Ohne Kennzeichnung war das oft sehr schwierig, da besonders bei Einsätzen geschlossener Einheiten häufig Schutzmasken oder ähnliches eingesetzt werden.

„Der mit Abstand größte Teil unserer Polizistinnen und Polizisten macht hervorragende Arbeit und erfüllt seinen Dienst bürgernah und –freundlich“, so Dirk Adams. Leider sind es aber diese Beamtinnen und Beamten, die bei Fehlverhalten Einzelner oft in Mithaftung genommen werden. Ereignisse wie der mutmaßlich überzogene Pfefferspray-Einsatz am 31. März in Sonneberg wirken sich so auf die gesamte Einsatzgruppe aus.

Durch die Einführung der Kennzeichnungspflicht wird dieser Verallgemeinerung Abhilfe geschaffen und das Vertrauen in die Polizei insgesamt gestärkt.

FÜR KOMMUNALE INVESTITIONEN



Förderbereiche	2017 in Mio. Euro	2018 in Mio. Euro
Kulturbau/Denkmalpflege	5,0	6,0
Brandschutz	3,0	7,0
Kita-Invest und Ausstattung	5,0	5,0
Sportstätten und Schwimmbäder	1,0	5,0
Breitbandausbau	16,0	
Gewässerunterhaltung		10,0
Förderung d. Abwasserentsorgung	5,0	
Kommunaler Klimaschutz	2,5	2,5
Krankenhausinvestitionen		10,0
Tierheime		1,0
Kommunale Radwege/ Verkehrsinfrastruktur	3,0	3,0
Barrierefreiheit in den Kommunen	0,5	0,5
RennsteigShuttle	1,0	
Verbesserung d. Schulinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen	8,0	

Der Thüringer Landtag hat auf Initiative von R2G ein kommunales Investitionspaket über 100 Millionen Euro für die Jahre 2017 und 2018 verabschiedet. Die CDU-Fraktion hatte im Juni-Plenum versucht, mit einem eilig vorgelegten Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit die Beschlussfassung zu verhindern. Mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün konnte das Investitionspaket letztlich auf den Weg gebracht werden.

Uns Bündnisgrünen war besonders wichtig, dass mit diesem Paket auch nachhaltige Investitionen in den Kommunen unterstützt werden (siehe Tabelle). Deshalb sieht das Paket unter anderem Investitionen in kommunale Radwege und den kommunalen Klimaschutz vor. Kommunen können mit diesen Mitteln zum Beispiel ihre Straßenbeleuchtung modernisieren, um so Energie und damit auch Geld zu sparen. Auch für eine Unterstützung der Tierheime haben wir uns eingesetzt.

Das Gesetz sieht außerdem vor, dass das Geld als Eigenmittlersatz bei Förderprogrammen des Landes und des Bundes eingesetzt werden kann. Näheres zur Verteilung, Beantragung und Ausreichung der Mittel regeln die zuständigen Ministerien.



LASST UNS DRÜBER REDEN – NEUE WEGE IN DER SUCHTBERATUNG UND SUCHT- PRÄVENTION MÜSSEN BESCHRITTEN WERDEN



Babette Pfefferlein

„Die bisherige Suchtpräventionspolitik und deren Strukturen wollen wir evaluieren, gegebenenfalls ausbauen und den neuen Anforderungen und Bedarfen anpassen“, erklärt Babett Pfefferlein, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion. Das ist unser gemeinsames politisches Ziel, das wir im r2g-Koalitionsvertrag verankert haben.

Doch wie können wir konkret dafür sorgen, dass Menschen mit einer Suchtproblematik ein flächendeckendes Angebot erhalten? In den vergangenen Monaten hat sich Babett Pfefferlein dazu über die verschiedenen Unterstützungsangebote in Thüringen informiert.

Es tut sich was in Suchthilfe und Suchttherapie

Gemeinsam mit der Grünen Jugend Thüringen besuchte sie Beratungsstellen in Erfurt und Nordhausen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Einrichtungen kümmern sich sowohl um Suchterkrankte als auch um die Angehörigen, die oft sehr ratlos sind. Dank einer Projektfinanzierung konnte das Angebot für Menschen aus dem arabischen Raum ausgeweitet werden.

Als weitere Station besuchte Babett Pfefferlein die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Universitätsklinikum Jena. Im Fokus des Besuchs standen nach einer Führung durch die Therapieräume besonders die Abhängigkeitserkrankungen von Menschen mit Crystalkonsum, die durch ein multidisziplinäres Team betreut werden. Eine neue wöchentliche, ambulante Spezialsprechstunde für Crystalkonsumentinnen und -konsumenten ergänzt den so genannten qualifizierten Entzug. Aus Sicht der Klinik – das wurde deutlich – brauche es neue Behandlungsansätze, für die wir uns gern stark machen.

Angebote weiter ausbauen

Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass sich einiges tut in diesem Bereich. Doch das ist leider noch lange nicht genug: Die Zahl von Menschen mit Suchtproblemen geht seit

Jahren nicht zurück. Vor allem Medikamenten- und Alkoholsucht nehmen einen traurigen Spitzenplatz ein. Und auch von der steten Zunahme der Zahl der Crystal Meth-Abhängigen hören wir immer wieder. Unser Ziel ist es, Suchtberatung, Prävention und Therapiemöglichkeiten thüringenweit zu stärken – der Bedarf an diesen Angeboten steigt stetig.

Eine wirksame Bekämpfung der Folge- und Begleitprobleme durch den Missbrauch der Droge Crystal Meth muss noch mehr in den Fokus rücken: Wir wollen für Thüringen eine Suchtpräventionsstrategie, die vermehrt auch auf Angehörige und Familien abzielt. Traurige Realität ist es nämlich, dass die Zahl schwangerer Frauen mit Suchtproblemen steigt.

Hier braucht es spezifische Angebote für suchtbelastete Familien insgesamt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Suchtberatungs-

stellen, der Jugendämter, Schulen, Kinder- und Jugendhilfen, in Einrichtungen der Familienberatung, in Krankenhäusern und bei der Polizei haben im gesamten Kontext der Suchtprävention eine schwierige Aufgabe und müssen vom Land gut begleitet werden. Was wir brauchen, ist eine stärkere Vernetzung und Weiterbildung von Fachkräften, insbesondere im pädagogischen Bereich. Denn Prävention, Suchtberatung und -behandlung sind langfristige Prozesse, die auf Vertrauensbildung und Kontinuität angewiesen sind.

„Wir wollen für Thüringen eine **Suchtpräventionsstrategie**, die vermehrt auch auf Angehörige und Familien abzielt.“



ZU SCHADE ZUM WEGWERFEN – THÜRINGEN SETZT AUF MEHR VERWERTUNG



Roberto Kobelt

Unendlich viel Plastik in den Weltmeeren, ein unbremster Verpackungswahn und ein komplizierter Umgang mit unseren Abfällen: Eine Antwort darauf ist ein neues Abfallgesetz für Thüringen. „Damit setzt Rot-Rot-Grün wichtige Ziele einer ökologischen Abfallwirtschaft und eines stärkeren

Ressourcenschutzes um“, erklärt Roberto Kobelt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt ist die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Sowohl in der öffentlichen Beschaffung als auch von Behörden und Einrichtungen des Landes – einschließlich der Kommunen – wird künftig vorbildliche Verhaltensweise per Gesetz gefordert. Neben der Beschaffung von Büromaterialien sollen Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit und Wiederverwendbarkeit bzw. Verwertbarkeit

bei öffentlichen Aufträgen stärker in den Vordergrund rücken.

Künftig soll eine fünfstufige Abfallhierarchie das Handeln auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte wesentlich beeinflussen. Rot-Rot-Grün möchte damit einen vorausschauenden Umgang mit unseren Abfällen auf den Weg bringen. „Die Verwertung braucht endlich einen Vorrang auch in der Gebührengestaltung bei den öffentlichen Entsorgungsträgern“, macht Roberto Kobelt deutlich.

Eine ebenso wichtige Maßgabe ist die Erweiterung der bürgernahen Erfassung für kleine Elektro-Altgeräte. Dadurch sollen Lücken bei der Erfassung in den Gebieten geschlossen werden, in denen Hersteller und Vertrieber keine Standorte haben, um solche Altgeräte zurückzunehmen.

Dadurch werden zusätzliche Potenziale erschlossen, um wertvolle Sekundärrohstoffe einer Verwertung zuzuführen. Eine Regelung im Gesetz legt dazu nun Mindeststandards für die Sammlung fest.



GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN THÜRINGEN DISKUTIERT KLIMAGESETZ



Bereits in der letzten Legislatur hatte die bündnisgrüne Landtagsfraktion den Entwurf für ein Gesetz zum Schutz des

Klimas in den Landtag eingebracht. Was damals mehrheitlich abgelehnt wurde, befindet sich heute auf einem guten Weg.

Der entscheidende Auftrieb kam vom Erfolg der Klimakonferenz von Paris im Dezember 2015. Hier konnten sich die Staaten auf einen neuen Weltklimavertrag einigen. Erstmals vereinbarten Industrie- und Schwellenländer, dass alle gemeinsam gegen den Klimawandel vorgehen. Jetzt ist Thüringen auch soweit und auf dem Weg zu einer vorausschau-

enden Klimapolitik. Das Klimagesetz ist der übergeordnete Rahmen und beschreibt den Korridor zur Verminderung klimaschädlicher Emissionen um 90 Prozent bis 2050.

Aber von nichts kommt nichts: Deshalb soll u.a. daran gearbeitet werden, die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral aufzustellen. Auch die Kommunen und Landkreise setzen künftig in ihrem Wirkungskreis eigene Strategien zur Einsparung von Energie und zur Einbindung von erneuerbaren Energien um. Was sich wie eine Mammutaufgabe anhört geschieht zum Erhalt unserer natürlichen Lebensbedingungen. Klimaschutz ist aber auch pure ökonomische Vernunft, denn Nichtstun wäre bei weitem teurer als zu handeln.

RÜCK- UND AUSBLICK



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion: gruenlink.de/gch



24. bis 25. April 2017

Die Thüringer Fraktion reiste in diesem Jahr zum jährlichen „Ostfraktionentreffen“ zu den Kolleginnen und Kollegen nach Brandenburg. Dort tauschten wir uns intensiv inhaltlich mit den anderen grünen Ostfraktionen aus und verbrachten zwei spannende und interessante Tage in Potsdam. Wir nehmen aus Brandenburg vor allem die Anregung mit, gezielt Jesidinnen aufzunehmen und ihnen Schutz zu bieten. Wir werden das bald mit dem Migrationsminister und in der Koalition diskutieren. Am Tag des Baumes haben wir außerdem gemeinsam eine Weide gepflanzt, die die brandenburgische Landeshauptstadt ab sofort noch grüner machen wird.

08. Mai 2017

Die alljährliche Fraktionsexkursion führte unsere Landtagsfraktion in diesem Jahr in die Südharzer Gipskarstregion. Auf dem Programm standen geführte Wanderungen entlang des erst kürzlich eröffneten Quelllehrpfades an der Salza-Quelle – der größten Quelle Thüringens – sowie durch die Rüdigsdorfer Schweiz bei Nordhausen. Die Fraktion konnte sich dabei ein Bild machen von der einzigartigen, schützenswerten Natur und kam mit den Menschen vor Ort, die sich gegen den Gipsabbau in ihrer Region engagieren, ins Gespräch. Wir kommen gerne wieder!



9. bis 11. Juni 2017

Zum Thuringentag in Apolda präsentierte sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gut gelaunt mit allerlei Infomaterialien, Radwanderkarten und Windrädchen für die Besucherinnen und Besucher sowie den obligatorischen Sonnenblumen. Und natürlich schaute auch unser Fraktionsvorsitzender, Dirk Adams, an unserem Stand vorbei und kam mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch.



24. August 2017

Auch in diesem Jahr lädt die Fraktion wieder zu ihrem Sommerempfang in den Thüringer Landtag ein. Besonders freuen wir uns, diesmal unter anderem den schleswig-holsteinischen grünen Umweltminister Robert Habeck und weitere Gäste in Erfurt begrüßen zu dürfen. Hier bietet sich die Gelegenheit, in lockerer Atmosphäre sowohl mit ihm als auch mit der Fraktion ins Gespräch zu kommen.

DIE MITARBEITERIN NEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/37-72669
E-Mail: julia.stroebel@gruene-fraktion.thueringen.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/37-72670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0361/37-72660
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-fraktion.thueringen.de



Beatrice Sauerbrey
Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung
Telefon: 0361/37-72676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-fraktion.thueringen.de

Pressestelle



Sebastian Arnold
*Presse- und Kommunikationsverantwortlicher
Pressesprecher*
Telefon: 0361/37-72666
E-Mail: sebastian.arnold@gruene-fraktion.thueringen.de



Mona Walter
*Stellvertretende Pressesprecherin
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Veranstaltungskoordination*
Telefon: 0361/37-72690
E-Mail: mona.walter@gruene-fraktion.thueringen.de

Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-fraktion.thueringen.de
Internet: www.gruene-fraktion.thueringen.de

Vi.S.d.P.: Sebastian Arnold
Druckunterlagenschluss: Juni 2017
Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de

Weitere Informationen zur Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag finden Sie in unserer aktuellen Fraktionsbroschüre: <http://gruenlink.de/19r6>

Besuchen Sie uns auch
im Social Web!



www.facebook.com/gruenthl
www.twitter.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl

Parlamentarische Beratung



Tamer Düzyol
Referent für die Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses
Telefon: 0361/37-72682
E-Mail: tamer.duezyol@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Foß
*Referent für Wissenschaft, Netzpolitik, Europa, Medien,
Kultur und Datenschutz*
Telefon: 0361/37-72689
E-Mail: christian.foss@gruene-fraktion.thueringen.de



Tino Gaßmann
*Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung,
Asyl- und Migrationspolitik*
Telefon: 0361/37-72683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Michael Kost
Justiziar und Referent für Justizpolitik
Telefon: 0361/37-72667
E-Mail: michael.kost@gruene-fraktion.thueringen.de



Tobias Lange
Referent für Grundsatzfragen, Innenpolitik und Kommunales
Telefon: 0361/37-72680
E-Mail: tobias.lange@gruene-fraktion.thueringen.de



Kathleen Lützkendorf
*Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz,
Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen*
Telefon: 0361/37-72693
E-Mail: kathleen.luetzkendorf@gruene-fraktion.thueringen.de



Ralf Martin
*Referent für Justiz und die Begleitung des
Immelborn-Untersuchungsausschusses*
Telefon: 0361/37-72679
E-Mail: ralf.martin@gruene-fraktion.thueringen.de



Sybille Mattfeldt-Kloth
*Referentin für Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/3
 („Möglicher Amtsmissbrauch“)*
Telefon: 0361/37-72677
E-Mail: sybille.mattfeldt-kloth@gruene-fraktion.thueringen.de



Jan Richter
*Referent für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus*
Telefon: 0361/37-72678
E-Mail: jan.richter@gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Schlegel
*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen,
Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik*
Telefon: 0361/37-72691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-fraktion.thueringen.de



Norbert Sondermann
*Referent für Energie, Klima,
Umwelt, Naturschutz und Sport*
Telefon: 0361/37-72692
E-Mail: norbert.sondermann@gruene-fraktion.thueringen.de